

## **Burka-Debatte. Symptom einer dialogarmen Gesellschaft**

### ***Kommentar und Stellungnahme des Zürcher Instituts für interreligiösen Dialog zur aktuellen Burka-Debatte und zur Forderung nach einem Burka-Verbot in der Schweiz***

Als kaum existentes Phänomen stellt die Burka in unserem Land weder ein sicherheitsrelevantes Risiko dar noch bedroht sie unser Wertesystem. In der aktuellen Mobilisierung für ein Burka-Verbot handelt es sich nicht – wie vielfach behauptet – um eine notwendige Reaktion auf ein ernst zu nehmendes Problem. Der politische und finanzielle Aufwand für das Verbot eines in der Schweiz kaum existenten Phänomens ist vielmehr das Symptom für ein tatsächlich existierendes gesamtgesellschaftliches Problem: das Fehlen eines aufrichtigen Dialogs über die wichtigen Fragen nach der zukünftigen Gestaltung einer Gesellschaft, die immer vielfältiger und komplexer wird. Verunmöglicht wird dieser Dialog durch den politischen Opportunismus, die Willkür und reine Symbolpolitik.

#### **1. Burka-Debatte ist Ausdruck eines anti-muslimischen Reflexes**

Noch vor wenigen Jahren hinterliessen die quer durch Westeuropa stattfindenden Islam-Debatten den Eindruck, dass einzelne westeuropäische Länder aufgrund ihrer spezifischen Regelung des Staat-Kirche Verhältnisses und der allgemeinen Gesetzeslage in jeweils unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmass durch die Präsenz von Muslimen und ihre religiös-kultische Praxis herausgefordert werden. Während beispielsweise der britische Liberalismus den Kopftuch tragenden muslimischen Frauen eine Anstellung im Staatsdienst – bei der Polizei etwa – erlaubt, ist solch eine Praxis im französischen Laizismus verboten. Beide Länder erlauben Muslimen hingegen das rituelle Schlachten von Tieren, das sog. Schächten, während dies in der Schweiz und in Deutschland wiederum per Tierschutzgesetz untersagt ist. In den letzten Jahren lässt sich nun beobachten, dass sich die Debatten um Islam und Muslime in Westeuropa kontinuierlich zu einem einheitlichen Diskursfeld verdichtet haben. Dieses Feld wird dominiert von Themen wie «Einsatz für Frauenrechte und Frauenwürde», «Verteidigung abendländischer Werte» und «Sorge um öffentliche Sicherheit». Auffallend dabei ist, dass sich die Einstellungen und Meinungen zu den genannten Themen nicht mehr streng entlang der politischen und weltanschaulichen Position der Diskursakteure einordnen lassen. Seit dem Minarett-Verbot in der Schweiz wissen wir nämlich, dass gezielt ausgewählte Themen aus dem islamischen Kontext das Potenzial besitzen, die an sich unterschiedlichen parteipolitischen und weltanschaulichen Positionen zu einem antimuslimischen Reflex zu vereinen. Dies wird in der aktuellen Forderung nach einem Burka-Verbot noch deutlicher. Die liberalen Verfechter der Freiheit des Individuums und eines liberalen Staates fordern staatliche Durchsetzung von Kleidervorschriften und die rechtskonservativen Kreise – ob kirchliche oder politische – setzen sich für Frauenrechte ein. Der Eifer, mit dem Politiker, Medienschaffende und andere gesellschaftliche Akteure sich über ihre parteipolitischen, konfessionellen und weltanschaulichen Grenzen hinweg auf das Burka-Verbot fokussieren, ist der viel beschworenen Integration von Muslimen kaum förderlich. Vielmehr verstärkt er einen antimuslimischen Reflex in dem Grenzen zwischen berechtigter Kritik an bestimmten Auslegungen des Islam und der pauschalen Ablehnung des Islam und der Muslime verwischt werden.

## **2. Der Ruf nach einem Burka-Verbot ist heuchlerisch und zeugt von politischem Opportunismus und Willkür**

Die Befreiungsrhetorik gegenüber muslimischen Frauen, die im Kontext der Burka-Debatte über parteipolitische und konfessionelle Grenzen hinweg schwergewichtig zum Ausdruck kommt, ist irritierend und im Endergebnis heuchlerisch. Nicht nur, weil sie von Personen und Gruppen benutzt wird, die sich gegenüber der sozialpolitischen und praktischen Emanzipation der Frauen in der eigenen Gesellschaft eher skeptisch oder gar ablehnend verhalten. Der Ruf der Befürworter des Burka-Verbotes nach der Befreiung der unterdrückten muslimischen Frau ist darüber hinaus mit keinen handlungspraktischen Konsequenzen verbunden. Er findet keine Entsprechung in einer wirklichen Unterstützung jener muslimischen Frauen, die zum Tragen des Gesichtsschleiers tatsächlich gezwungen werden oder in anderer Form unter Unterdrückung leiden. Das geforderte Verbot des Gesichtsschleiers zeugt darüber hinaus von politischer Willkür, die sich – wie schon bei der Minarett-Initiative – ausschliesslich gegen eine religiöse Minderheit richtet. Denn Befremdliches und Unzeitgemässes liesse sich auch bei nichtmuslimischen Minderheitengruppen finden. Die Burka-Debatte zeigt schliesslich, dass sich die Befürworter eines Burka-Verbotes einerseits und die Verfechter einer autoritären und patriarchalen Islamauslegung andererseits immer ähnlicher werden. In beiden Fälle werden Frauen bevormundet und erscheinen als Trägerinnen männlicher Erwartungen, sei es hinsichtlich der Emanzipation und der Liberalität oder sei es hinsichtlich der Moral und des Anstandes. Während beispielsweise in den einzelnen islamischen Ländern eine Art Sittenpolizei Ausschau danach hält, ob die Frauen ihre Kopfbedeckung sittsam angelegt haben, konnte man vor kurzem die einer liberalen und aufgeklärten Gesellschaft unwürdige Szene beobachten, wie vier Polizisten am Strand von Nizza eine Frau umringten und sie zwangen, ihr Burkini abzulegen.

## **3. Nein zum Burka-Verbot**

Das ZIID lehnt ein Burka-Verbot ab. Ein verfassungsmässig verankertes Verbot des Gesichtsschleiers stellt weder einen Beitrag für mehr Sicherheit dar noch ist es eine sinnvolle Massnahme zur Bekämpfung des militanten Salafismus und des Terrorismus. Am wenigsten dient es aber dem gerne herausgehobenen Ziel der Befreiung von Frauen aus patriarchalischen Strukturen. Ein Nein zum Burka-Verbot ist kein Ja für die Burka. Wir lehnen das Burka-Verbot vielmehr deswegen ab, weil wir gegen eine reine Symbolpolitik sind, die aus purem Opportunismus kaum existente Phänomene zu grossen Problemen aufbauscht und sich gleichzeitig den dringend anstehenden Aufgaben der dialogischen Gestaltung einer religiös, kulturell und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft verweigert. Die Trennlinien in unserer Gesellschaft verlaufen nicht – wie uns die Befürworter des Burka-Verbotes und schon zuvor des Minarett-Verbotes suggerieren – zwischen der mehrheitlich christlich geprägten Gesellschaft und der muslimischen Minderheit. Sie verlaufen vielmehr zwischen dialogunfähigen bzw. dialogunwilligen Fundamentalisten jeglicher Couleur und jenen, die sich unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit und ihrem kulturellen Hintergrund unserer Gesellschaft und ihren Werten gegenüber loyal verhalten und bereit sind, die anstehenden Herausforderungen eines Zusammenlebens in Vielfalt und Differenz dialogisch anzugehen. Wer sich aufrichtig auf Dialog einlässt, anerkennt implizit, dass sein Glaube und sein Denken Grenzen haben und dass er oder sie bereit ist, von anderen zu lernen und darüber nachzudenken, wie wir in der Zukunft in Vielfalt gemeinsam leben wollen. Dieser Weg ist zwar ein langwieriger und nicht immer einfacher Lernprozess, aber der einzig sinnvolle.